

Jungfreisinnige träumen von einer liberalen Bewegung

Jungpolitiker gesucht Die Baselbieter Mutterpartei intensiviert ihre Bemühungen um den eigenen politischen Nachwuchs.

Daniel Aenishänslin

Er ist der Neue. Und er will angreifen. «Wir wollen viele junge Liberaldenkende abholen», bestätigt Lucio Sansano, der neue Präsident der Baselbieter Jungfreisinnigen, «wir müssen uns an der eigenen Nase nehmen, denn wir waren in den vergangenen Jahren offenbar zu passiv.» Nicht nur die Juso und die Grünen sollen unter den Jungparteien wahrgenommen werden: «Ich kenne viele Junge, die liberal denken.»

Sansano möchte in Zukunft vermehrt Jungfreisinnige oder ehemalige Jungfreisinnige in Ämtern sehen. Nicht wie heute. «Möglicherweise liegt das an der Parteilkultur», sagt Bálint Csontos, Präsident der Grünen Baselland, «bei uns werden Junge schnell eingebunden und erhalten gute Listenplätze.» Csontos war selbst Co-Präsident des Jungen Grünen Bündnisses Nordwest. Die Junggrünen brachten auch Anna Ott als Vize-Präsidentin der Baselbieter Sektion sowie Dominik Beeler, den Co-Präsidenten des VCS, hervor. In Basel Nationalrätin Sibel Arslan. Im Basler Grossen Rat sitzen Raffaella Hanauer, Michelle Lachenmeier, Jo Vergat, Oliver Thommen und Raphael Fuhrer.

Laura Salathe, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Gfs.bern, möchte «widersprechen». Nicht nur linke Parteien schöpften aus dem Reservoir Jungpartei. Zwar würden sie in ihren Kampagnen die Basis stärker einbinden, ein gutes bürgerliches Beispiel sei jedoch Simon Oberbeck. Landrat, Gemeinderat, Präsident der CVP Birsfelden und ehemaliger Präsident der Jungen CVP Schweiz.

So siehts in Bern aus

Dann wirds dünner, wie auch Silvio Fareri, Präsident CVP BL und ehemalige Präsident der Jungen CVP Baselland einräumt. Alt-Landrätin Sabrina Corvini-Mohn, die sowohl die CVP BL als auch JCVP präsidierte, und Landrätin Patricia Bräutigam seien zu nennen. Junge Menschen verfügten über einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, weshalb linke Parteien auf sie anziehender wirkten, räumt Fareri ein. Es selbst sei der



Jungfreisinnige im Abstimmungskampf: Stefan Kaiser und Naomi Reichlin in Arlesheim. Pino Covino

Mitte-Partei CVP beigetreten, «weil extreme Positionen nicht zu meinem Naturell passen».

Laura Salathe nahm die unter 40-jährigen Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung vor den Wahlen 2019 unter die Lupe. Sie achtete darauf, wer ein aktives Mandat in der zur Mutterpartei gehörenden Jungpartei innehatte, innehat oder auf der persönlichen Website eine Mitgliedschaft in einer Jungpartei nennt. «Auf die Parteien differenziert wird deutlich, dass bei SP

und GPS der Anteil der jungen Parlamentsmitglieder mit jungparteilichem Hintergrund am häufigsten sind», folgert Salathe, «jedoch stellen Jungparteien für alle Parteien einen relevanten Faktor dar, um nationalen parlamentarischen Nachwuchs zu generieren.»

Von den 31 Parlamentariern unter 40 Jahren hatten 22 (71 Prozent) eine Vergangenheit in einer Jungpartei. Darunter Politiker wie Bastien Girod (39), Gründungsmitglied der Jungen Grü-

nen Zürich, Erich Hess (39), ehemaliger Präsident der Jungen SVP Schweiz, Cédric Wermuth (34), ehemaliger Präsident der Juso Schweiz, Christian Wasserfallen (39), ehemaliger Präsident der Jungfreisinnigen Stadt Bern, oder Martin Candinas (39), einst im Vorstand der JCVP Schweiz. Von den 22 Sitzen entfielen sieben auf die SP (77,8 Prozent), fünf auf die SVP (62,5 Prozent), vier auf die Grünen (80 Prozent), vier auf die FDP (66,7 Prozent) und zwei auf die CVP (66,7).

«Viele unserer Jungen machen zuerst ihren Weg in der Wirtschaft und leben nicht von Staatsgeldern», sagt Dominik Straumann, Präsident der SVP BL, «Linke werden Berufsnationalrat.» Ein paar in Amt und Ehren gibt es dennoch. Der Allschwiler Landrat Florian Spiegel und der Roggenburger Gemeinderat Nandor Frey. In Nicole Roth, der Präsidentin der JSVP Baselland, sieht Straumann einen Trumpf für die nächsten Landratswahlen.

«Vertrauensvorschuss»

Saskia Schenker, Präsidentin der Baselbieter FDP, bestätigt indirekt, dass es mit dem Nachwuchs in der Vergangenheit haperte, denn sie priorisiert ihn: «Inzwischen treten viele Junge in den Gemeinden an; ich pflege einen engen Austausch mit den Jungfreisinnigen; wir konnten Junge für Parteigremien gewinnen.» Ihre Aushängeschilder sind Naomi Reichlin, Vizepräsidentin der FDP Baselland, sowie Gina Zehnder, Geschäftsführerin der FDP Baselland.

Nationalrätin Samira Marti, Land- und Gemeinderätin Desirée Jaun, die Landräte Jan Kirchmayr und Etienne Winter haben im Basbiet den Sprung von den Juso in ein politisches Amt geschafft. «Die SP gibt Jungen eine Chance und einen Vertrauensvorschuss», sagt Kantonalpräsident Adil Koller. Dies habe er selbst erlebt, als er vor fünf Jahren, 21-jährig, ins Amt gekommen sei. Mit Nils Jocher und Jonas Eggman aspirieren nun zwei ehemalige Juso auf das Vizepräsidium der SP BL.

Jus-Student Lucio Sansano ist mit seinen 20 Jahren im Reinaicher Einwohnerrat angekommen. Er habe sich immer für das Politische interessiert. In der Primarschule, im Kinderforum, während seiner Zeit am Gymnasium Munchenstein an Debattierveranstaltungen. Das Klima habe den Grünen in die Karten gespielt, allgemein die Demos den Juso. «Wir aber wollen auf zivilisiertere Art auf liberale Themen aufmerksam machen, sachlich, nicht nur fordernd», sagt Lucio Sansano. Nun will er sie starten: die liberale Bewegung im Basbiet.

Nachrichten

Zweiter Tatverdächtiger identifiziert

Elsässerstrasse Zwei Männer vergewaltigten am 1. Februar eine Frau vor ihrer Haustür in der Basler Elsässerstrasse. Während sich einer der Beschuldigten bereits im Februar der Polizei stellte, blieb sein jugendlicher mutmasslicher Mittäter verschwunden. Nun bestätigt Peter Gill, Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt: «Der jugendliche Tatverdächtige konnte zwischenzeitlich durch die Jugendanwaltschaft einvernommen werden.» Weil er zum Tatzeitpunkt noch minderjährig war, ermittelt die Jugendanwaltschaft gegen ihn. (red)

Über 1000 Personen in Quarantäne

Basel/Liestal Im Stadt- und im Landkanton bleiben die Zahlen der aktiven Corona-Fälle stabil (Stand Mittwoch). Beide Basel weisen allerdings einen starken Anstieg bei der Zahl der Menschen in Quarantäne oder in Isolation aus. Insgesamt dürfen in den beiden Basler Halbkantonen über 1000 Personen die eigene Wohnung oder das eigene Haus nicht verlassen. (red)

Grenzwächter fassen Ecstasy-Schmuggler

Basel/St-Louis Mitarbeiter der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) stellten bei einer Fahrzeugkontrolle rund 7,5 Kilogramm Ecstasy-Tabletten sicher. Zwei Personen wollten über den Autobahngrenzübergang Basel/St-Louis mit einem in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeug von Frankreich her einreisen. Offensichtlich hatten die Grenzwächter die richtige Spürnase, als sie das Auto auf die Seite winkten und ihren Drogenhund in den Einsatz schickten «Die Kontrolle durch den Betäubungsmittelspürhund endete positiv. In der Stossstange befanden sich rund 7,5 Kilogramm Ecstasy-Tabletten», schreibt die EZV. Beide Personen seien der Kantonspolizei Basel-Stadt übergeben worden, heisst es. (red)

Glückwunsch

Riehn Die BaZ gratuliert Rosa und Roland Rusch-Kolly zu ihrem 50. Hochzeitstag herzlich und wünscht ihnen alles Gute für die gemeinsame Zukunft. (red)

gratulationen@baz.ch

Sozialhilfe stoppt Leistungen wegen mangelnder Mitwirkung

Vor Kantonsgericht abgeblitzt Firmenanteil ungenügend deklariert: Einer Sozialhilfeempfängerin wird die Bedürftigkeit abgesprochen.

Man mag es drehen und wenden, wie man will, aber unter dem Eindruck der politischen Grosswetterlage im Basbiet schauen die Sozialhilfebehörden derzeit genauer hin und stellen die Leistungen auch schon mal ein. Das Klima für die Sozialhilfeempfänger ist rauer geworden. Allerdings machen die Behörden dabei nicht immer eine gute Figur. So musste sich kürzlich die Liestaler Sozialhilfebehörde samt Regierungsrat vom Kantonsgericht zurechtweisen lassen, weil zwei Brüdern die Nothilfe gestrichen worden war. Und auch am Mittwoch fielen teilweise harte Worte, obschon

das Kantonsgericht am Schluss den Entscheid einer kommunalen Behörde dann doch stützte und die Beschwerde dagegen abwies.

Konkret ging es um eine Sozialhilfeempfängerin, die ehrenamtlich für eine kleine GmbH arbeitete, an deren Stammkapital sie mit rund 8000 Franken beteiligt ist. Weil sie zudem zur Hälfte Eigentümerin eines Autos mit einem Eurotax-Wert von 3100 Franken ist, dessen Nummernschilder jedoch hinterlegt sind, wurden ihr die regulären Sozialhilfeleistungen per 31. August 2019 gestrichen. Dagegen setzte sich die Frau zur Wehr,

erst erfolglos beim Regierungsrat und dann per Beschwerde beim Kantonsgericht.

Richterliche Kritik an der Sozialhilfebehörde

Zwar wurde auch dort ihre Beschwerde mit fünf zu null Stimmen abgewiesen, weil die Bedürftigkeit letztlich unklar blieb. Zuvor aber hatte man die Handlungsweise der kommunalen Sozialhilfebehörde seitens des Gerichts einer sehr kritischen Würdigung unterzogen. So sprach der referierende Richter Pascal Jeanneret von «schrägen Argumenten» und einem «Katz-und-Maus-Spiel auf tiefem Niveau».

Und zwar deshalb, weil die Behörde das Miteigentum am Auto nicht berücksichtigt hatte und daher von einem zu hohen Betrag für die Beschwerdeführerin ausgegangen war. Der tatsächliche Betrag war am Schluss ohne Bedeutung. Auch dass die Behörde der Frau zu einem früheren Zeitpunkt eine Frist von zwei Tagen – von Freitag bis Sonntag – ansetzte, um ihren Stammkapitalanteil zu verkaufen, machte beim Gericht keinen guten Eindruck.

Letztlich war es dann aber doch dieser Anteil an der KleingmbH, der die Unklarheit der Bedürftigkeit ausmachte. So

hatte die Beschwerdeführerin einerseits geltend gemacht, es gelinge ihr nicht, ihren Anteil zum Nennwert zu verkaufen. Andererseits erklärte sie, der Anteil sei gar nichts wert, weshalb ihr Lebenspartner diesen zum Preis von nur einem Franken übernehmen würde. Ernsthafte Bestrebungen zur Fremdveräußerung waren nicht festzustellen. Ebenfalls hatte sie es unterlassen, eine Bewertung der Firma vorzunehmen und die Behörden über den Wert der Firma zu informieren. «Damit aber kam die Beschwerdeführerin ihrer qualifizierten Mitwirkungspflicht gegenüber der Sozialhilfebehö-

de nicht nach», sagte der Referent. Sie habe ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse nie ganz ausgebreitet. Was Richter Daniel Ivanov ergänzen liess, dass «Transparenz herstellen muss, wer sich in nicht ganz transparenten Verhältnissen bewegt».

Damit kam das Gericht trotz Kritik an der kommunalen Sozialhilfebehörde zum Schluss, dass die Bedürftigkeit der Beschwerdeführerin nicht klar erwiesen war und dass die Einstellung der Leistungen per 31. August 2019 zu Recht erfolgte.

Thomas Gubler